

BAG überörtliche Sozialhilfe beim LWL, 48133 Münster

An die  
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit  
des Deutschen Bundestages  
Frau MdB Dr. Martina Bunge

per E-Mail: [ma01.pa14@bundestag.de](mailto:ma01.pa14@bundestag.de)

nachrichtlich:

Bundesministerium für Gesundheit  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

per E-Mail

Unser Zeichen: (Bei Antwort bitte angeben)  
BAGüS-SGB XII-00-04

**Vorsitzender**

- **Dr. Fritz Baur** -

Tel.: 0251/591-237

**Geschäftsführer**

- **Bernd Finke** -

Tel.: 0251/591-6530/6531

Fax: 0251/591-6539

E-Mail: [bag@lwl.org](mailto:bag@lwl.org)

**Besuche:** Warendorfer Straße 26 - 28

**Briefe:** 48133 Münster

**Pakete:** Freiherr-vom-Stein-Platz 1  
48147 Münster

**Bankverbindung**

Konto-Inhaber: Hauptkasse des  
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
WestLB AG Münster

Konto Nr. 60129 BLZ 400 500 00

**BAGüS im Internet:** [www.bagues.de](http://www.bagues.de)

18.01.2008

## Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,

die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe hat erst vor wenigen Tagen von der für die kommende Woche anberaumten öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages Kenntnis erhalten.

Mit Bedauern und Unverständnis haben wir dabei feststellen müssen, dass unsere Organisation als sachverständiger Verband nicht geladen ist.

Unverständlich ist uns dies, da die Mitglieder der BAGüS, die 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe im Bundesgebiet, trotz inzwischen in einigen Ländern erfolgter Kommunalisierung der Aufgaben der Pflege nach wie vor der größte Erbringer von Leistungen in der stationären Pflege sind, wenn Heimbewohner die notwendigen Pflegeleistungen nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können.

Auch führen die überörtlichen Träger der Sozialhilfe in aller Regel für die Sozialhilfeträger im Bundesgebiet gemeinsam mit den Trägern der Pflegeversicherung die Vergütungsverhandlungen.

Darüber hinaus möchte ich daran erinnern, dass die BAGüS seit Jahren sich intensiv und konstruktiv für die Einführung der Pflegeversicherung, die Weiterentwicklung und ihre praktische Umsetzung eingesetzt und dabei mitgewirkt hat. Es ist für uns daher nicht nachvollziehbar, warum wir in den wichtigen Prozess der Beratungen über das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz nicht einbezogen werden.

Die BAGüS hat mit Schreiben vom 17.12.2007 zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz umfassend Stellung genommen und ihre Stellungnahme den pflege- und behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen zugeleitet. Diese Stellungnahme füge ich nochmals bei und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese – wie auch diesen Brief - den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis geben und wie üblich zur öffentlichen Anhörung auslegen würden.

Außerdem wären wir sehr dankbar, wenn wir im weiteren Verfahren und auch bei künftigen Gesetzgebungsverfahren zur Pflege wie auch in der Vergangenheit als sachverständige Organisation geladen würden.

Mit freundlichem Gruß

gez. Dr. Baur